

Evangelische Verantwortung

10 Jahre nach der Wende

Eduard Berger

Gedenken heißt, zurückschauen und fragen: was zählt im Gewesenen, was ist daraus geworden, und was bedeutet es mir heute?

Das scheint vorauszusetzen, wir könnten im Rückblick auch zutreffend abbilden und nachzeichnen, wie es damals war, als wir es erlebten und als noch hinter dem Vorhang der Zukunft verborgen war, was daraus werden würde. So ist es aber nicht. Denn zurückblicken auf Geschehenes ist etwas ganz anderes als um sich zu blicken, während wir handeln und zuschauen, hoffen und bangen, in Presse, Funk und Fernsehen mitverfolgen, was berichtet

wird über das, was gerade geschieht. Die Zukunft ist uns unbekannt, selbst wenn man einen Entwurf für sie hat und nicht bloß Ängste oder Hoffnungen vor ihr.

Wenn ich versuche, mich in die Verlaufsrichtung der damaligen Ereignisse erinnernd zurück zu versetzen, dann habe ich etwa folgendes Bild von mir. Meine innere Haltung zur DDR war, trotz mancher Schwankungen, bereits seit den fünfziger Jahren, als ich noch zur Schule ging, überwiegend kritisch und ablehnend.

Dieser Grundton trat anlässlich mancher Erfahrungen und Erlebnisse in verschiedenen Taten und Einstellungen, Urteilen und Empfindungen zutage. Und doch

muss ich feststellen, dass ich 1989 jedenfalls nicht begriffen, noch weniger aber gezielt beeinflusst habe, was da vor sich ging. Immer wieder handelte und verhielt ich mich aus aktuellen Anlässen gemäß meinen gewachsenen Einstellungen, aber in mir existierte kein „Masterplan“. Ich steckte eher in den Vorgängen mit drin, so etwa wie ein Schwimmer auf hoher See, der nicht sieht, wo er an Land kommen und welches Land er betreten wird.

1989 - Jahr der Unruhe und Bewegung

Natürlich habe ich heute mein Bild von allem, und ich habe Urteile und Bewertungen von dem **Zusammenbruchsprozess der DDR**. Auch sehe ich neue Zusammenhänge. Aber das erscheint mir doch im ganzen eher wie ein fragwürdiges Gemisch aus *Dichtung und Wahrheit*, das vielleicht sogar mehr über mich selbst aussagt als über die **Zeit der Wende**. Insofern steht das Folgende unter Vorbehalt, was die sogenannte historische Wahrheit angeht. Meine heutige Sicht will ich aber gern bieten und zur Diskussion stellen.

1989 zerbrach das äußere und innere Gefängnis des sozialistischen Lagers, und damit endete auch der 40-jährige



Themen:

10 Jahre Wende	4/8
Rentenpolitik	10/12
Bundesarbeitskreis-Sitzung 2000	16

kalte Krieg zwischen Ost und West. Das hatten wir nicht erwartet oder gar vorhergesehen. Wir haben unglaublich gestaunt und waren verwirrt. Lachen und Weinen, Bestürzung und Freude mischten sich. So unfasslich, befreiend und beglückend erschien uns, was geschah.

In Meißen, wo ich damals lebte, war bereits seit dem Frühjahr des Jahres 1989 **Unruhe und Bewegung**. Ausgelöst worden war dies durch eine Fotoausstellung über den lange schon fortschreitenden Verfall der Häuser, der öffentlichen Treppen, die aus dem Tal auf die bewohnten Höhen führten, sowie der Infrastruktur der mehr als tausendjährigen Stadt, die einmal als eine der schönsten Städte Deutschlands galt und die es nach zehn Jahren (fast) wieder ist.

Diese **Ausstellung** hatte ich unter dem Thema „**Suchet der Stadt Bestes!**“ bei den Schwestern Frau Lobeck und Frau Adler in Auftrag gegeben, die es schon in Halberstadt und in anderen Städten der DDR unternommen hatten, den Verfall fotografisch festzuhalten und dessen Gründe in nachdenklichen Texten dem Betrachter aufrüttelnd nahezubringen.

Einer der Texte, die wir für die Meißner Ausstellung gewählt haben, stammte von Goethe. Weil sich an ihm sehen lässt, wie aktuell und sprechend damals ein – für die Zensur unangreifbares! – Klassikerzitat sein konnte, setze ich ihn hierher:

*Sieht man am Hause doch gleich so deutlich, was Sinnes der Herr sei,
Wie man, das Städtchen betretend,
die Obrigkeiten beurteilt.
Denn wo die Türme verfallen und
Mauern, wo in den Gräben
Unrat sich häuft und Unrat auf allen
Gassen herumliegt,
Wo der Stein aus der Fuge sich rückt
und nicht wieder gesetzt wird,
Wo der Balken verfault und das Haus
vergeblich die neue
Unterstützung erwartet: der Ort ist
übel regiert.
Denn wo nicht immer von oben die
Ordnung und Reinlichkeit wirkt,
Da gewöhnet sich leicht der Bürger
zu schmutzigem Saumsal,
Wie der Bettler sich auch an schmutzige
Kleider gewöhnet.*

aus „Hermann und Dorothea“

Trotz des Widerstandes und Ärgers sowie auch mancher Angst der Verantwortlichen in Stadt, Kreis, Bezirk und nicht zuletzt in der Kirche selbst ist die Ausstellung mehrere Wochen lang in der Frauenkirche am Markt gezeigt worden. Es gab einmal wöchentlich Andachten und Ausstellungsgespräche in der oft überfüllten Kirche. Tiefe Unzufriedenheit machte sich Luft, und der Ruf nach Veränderung wurde laut. Aber es wurde auch gefragt: „Was können, was müssen wir selbst tun?“ **Der Kirchenraum** wurde zum **Ort des freien und öffentlichen Disputs**.

Kirche als „Schutzraum“

Menschen, die jahrelang nicht in der Kirche gewesen waren, kamen und nutzten den Schutzraum, den die Kirche bot. Plötzlich erlebten sie, was



An alte Bilder erinnern und neue Zusammenhänge herstellen

selbst bei Kirchengliedern fast aus dem Bewusstsein geschwunden war: die alten Kirchen sind für alle da. Die seit dem Mittelalter in der Kirche vorhandene „Ratsloge“ wurde als höchst bedeutungsvoll wahrgenommen. „Wo sind die Verantwortlichen der Stadt?“, fragte so mancher von denen, die über die Zustände in der Stadt und ihre Ursachen diskutierten.

Kurz danach sorgte die **Kommunalwahl** im Mai für weiteren Zündstoff. Erstaunlich viele Menschen hatten mit „Nein“ gestimmt und waren dann abends zu den öffentlichen Auszählungen gegangen. Als am nächsten Tag die Ergebnisse mitgeteilt wurden, wussten viele, dass hier offenbar gefälschte Zahlen

frech und schamlos als offizielles Ergebnis ausgegeben wurden.

Die Beschlüsse der **ökumenischen Versammlung** wurden diskutiert. Von den Vorgängen in Ungarn (Grenzöffnung) und Berlin (Umweltbibliothek, neue Gottesdienste in Kirchen, Aktivitäten von Umwelt- und Menschenrechtsgruppen) wussten wir. Die massenhafte Ausreise vieler DDR-Bürger und die immer härtere Kritik von verschiedensten Seiten sorgten innerhalb der aufgewühlten DDR-Gesellschaft für zunehmende Unruhe.

An den Demonstrationen in Dresden und Leipzig waren auch manche Meißner beteiligt, ehe bei uns ebenfalls Versammlungen und Demonstrationen stattfanden. Tagsüber arbeitete man, und abends traf man sich, um zu demonstrieren und zu diskutieren. Es war spannend und belebend zugleich, so viele bis dahin unerhörte Vorgänge erleben zu können. Das Ganze kam mir vor wie ein Sektfrühstück, trotz mancher Ängste und der unbeantwortbaren Frage: wohin wird das führen? Es war eine Lust zu leben. Soviel Anfang und Morgen war nie. Mit dem Ende der DDR aber rechnete ich aber dennoch nicht im Mindesten.

Zu tief saßen die Erinnerungen an den 17. Juni 1953, an den niedergeschlagenen Aufstand in Ungarn 1956, an den Mauerbau 1961, an den Einmarsch in die CSSR 1968, an den Ausnahmezustand in Polen 1981 und – ganz frisch noch! – an die blutigen Tage der niedergeschlagenen Studentenunruhen in Peking im Juni 1989. Dieses jüngste gewaltsame Eingreifen eines sozialistischen Staates hatte die DDR-Führung demonstrativ gut geheißt und begrüßt. Das war auch als Warnung an die eigene Bevölkerung gedacht!

Wem verdanken wir unsere Befreiung?

Den **9. November** erlebte ich zu Hause in meinem Arbeitszimmer am Schreibtisch in der Meißner Superintendentur. Eine meiner Töchter kam und sagte: „Papa, im Radio sagen sie, dass die Mauer in Berlin offen ist.“ Ich dachte, sie hat sich

verhört, das kann ja nicht wahr sein. Und dann sahen wir im Fernsehen und hörten im Radio, was vor sich ging.

Viele versuchen seither, diese Frage zu beantworten. Ich denke jedoch, keine nachträgliche Erklärung enträtselt die Geschehnisse dieses Jahres. Sie sind nicht ableitbar aus dem, was wir wollten und taten. Erst recht ist keine zwingende Abfolge in den Ereignissen aufweisbar.

Aus gutem Grund kann ich deshalb nur mit Psalm 124 sagen:

*„Gelobt sei der Herr, dass er uns nicht gibt zum Raub in ihre Zähne!
Unsere Seele ist entronnen wie ein Vogel dem Netz des Vogelfängers;
das Netz ist zerrissen und wir sind frei.“*

Blick in die Vergangenheit und Gegenwart

Die uns 1989 geschenkte **Freiheit** und ihre dauerhafte Sicherung durch die deutsche Vereinigung 1990 ist in meinen Augen unendlich kostbar, – gerade weil sie uns als **Bürger in echte Verantwortung ruft**. Denn das war ja das Schlimmste und Entwürdigendste in der DDR: das immer mehr sich verstärkende Gefühl, man kann nichts machen; die Mächtigen können tun und lassen, was sie wollen; auf dich kommt es nicht an.

Die Mühen, Nöte und Herausforderungen, vor die wir seither gestellt sind, heben diese Freiheit nicht auf. Darum tun sie unserer Würde allenfalls Eintrag, aber keinen Abbruch. Vielmehr bewahren sie unser befreites Leben davor zu verwildern, – wenn wir uns diesen Aufgaben nicht entziehen. (Ich muss freilich sagen, dass ich nicht geahnt habe, wieviel obrigkeitlicher Sozialismus und staatliche Bürokratie, wieviel schwächende Verwöhnung und gesetzliche Bevormundung es auch in der alten Bundesrepublik gab und nun im vereinigten Deutschland gibt. Dergleichen unterhöhlt die Freiheit, indem die zum Wesen der Freiheit gehörende Würde und Last der Verantwortung des einzelnen Bürgers gemindert wird. Da wir aber in einer **offenen Gesellschaft** leben, hält sich der Schaden in Grenzen, und ich hoffe, dass diese Tendenzen wirksam zurückgedrängt werden können, ehe wir zu sehr erstarrt und gelähmt sind.)

Im Blick auf das Heute und gegen die untergegangene DDR gilt jedenfalls: wieviel besser sind doch große Anstrengungen und Aufgaben in Freiheit als die kleinen Annehmlichkeiten und Vorteile in der Unterdrückung, die gewährt wurden um den Preis der Entmündigung!

Hüten wir uns deshalb davor, nachträglich zu verharmlosen, was hinter uns liegt. Es kommt mir vor wie eine schauerlich verkehrte Welt, wenn heute von manchen Menschen in einem Atemzuge die Vergangenheit verklärt und die Gegenwart schlechtgeredet wird. Wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen, im Gedränge des Alltags mit trübem Blick auf unser jetziges Leben zu schauen. Gewiss ist viel zu tun und wir haben große Aufgaben vor uns, aber wir sind frei, und das ist das Wichtigste.

Ich will mich vor allem an eine **Erfahrung vieler gläubiger Christen** halten, die sich in ungleich schwierigeren Zeiten bewährt hat: *Vertrauen auf Gott schafft helle Augen, die Wichtiges und Unwichtiges nicht verwechseln, die Großes nicht für klein und Kleines nicht für groß halten und die Gutes und Böses zu unterscheiden vermögen.*

„Raum der Stille“

„Diese Stille, diese Ruhe an diesem Ort. Hier ist Gott unter den Menschen.“

„Es gibt keine besseren Ort, in sich zu gehen, als dieses ehemalige Niemandsland.“

Aus dem Gästebuch im „Raum der Stille“ im Brandenburger Tor, das um 1790 als Friedenstor errichtet wurde. Seit Oktober 1994 gibt es dort einen überkonfessionellen Meditationsraum, dessen Vorbild der Gebetsraum im New Yorker UNO-Hauptquartier ist. Die Idee entstand kurz vor der Wende im Ostteil der Stadt, als sich Menschen zu Friedensgebeten und Mahnwachen versammelten. Eingeweiht wurde der „Raum der Stille“ von einem Förderkreis.

(aus: Der Gemeindebrief 6/99)

Im Rückblick auf mein Leben in der DDR beschäftigt und beschämt mich am meisten die Erinnerung, wie nahe ich trotz meines Glaubens manchmal daran war, das **Vertrauen auf Gott** als den Herrn der Geschichte zu verlieren und die damaligen Verhältnisse für übermächtig und unabänderlich zu halten. Diese Zeit durch Gottes Hilfe überstanden zu haben, das stärkt mich sehr im Blick auf die heutigen Probleme. Denn im Vertrauen auf Gott und mit der daraus erwachsenden Klarsicht ist es möglich, ihnen geduldig und energisch zu begegnen.

Solche Klarsicht ist gleichermaßen in Kirche und Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft, hier bei uns in Deutschland und in der Welt nötig. **Leben heißt ja: Lernen und Aufgaben bewältigen.** Die Kräfte der Natur und des Geistes sind uns gegeben, damit wir dies zuversichtlich, bescheiden und verantwortlich tun.

„Ich sah, dass nichts Besseres ist, als dass ein Mensch fröhlich sei in seiner täglichen Arbeit.“ Prediger 3,22

Unser Volk und auch unsere Kirche sind heute äußerlich so reich wie nie zuvor. Zugleich aber sind die öffentlichen und viele private Haushalte hoch verschuldet. Wir leben über unsere Verhältnisse!

Darum soll unsere Sorge nicht die Veränderung hin zu noch mehr Reichtum (und zu noch höheren Schulden) sein, sondern wir stehen vor der Aufgabe, uns selbst zu ändern. Das Leben unserer Nachkommen und der Armen in der Welt hängt auch davon ab, wie wir die uns geschenkte, so **kostbare Freiheit gebrauchen**. Sich zum Guten zu ändern ist das Schwerste und Schönste zugleich. Es gelingt nur, wenn es freiwillig und von Herzen geschieht. Gottes Heiliger Geist kann und will uns dabei helfen.

Ausblick

Es kommt also darauf an, ob wir uns beim Erinnern unserer Geschichte, im gegenwärtigen Leben und Tun sowie auf dem Gang in die Zukunft helfen und leiten lassen. Lohnende Aufgaben und lösungsbedürftige Probleme gibt es bei uns in Deutschland und in unserer Welt genug. Es ist aber ein großer

Vorzug, dass wir uns in einer offenen Welt befinden und dass wir frei und gut ausgestattet uns alledem zuwenden können.

Wenn ich heute nach Meißen komme, wenn ich überhaupt durch die neuen Länder fahre, dann ist für mich unübersehbar, wie vieles seither geschaffen worden ist. Daneben stehen manche Fehler und Übel und besonders schlimm sind die Arbeitslosigkeit und manche ar-

ge Schurkerei. Aber das ist kein Verhängnis, sondern es ist an uns selbst, dem zu wehren.

In dieser Überzeugung machen mich auch die verheerenden Konflikte auf dem Balkan und anderswo nicht irre. Das sind die lange verdeckten Kehrseiten des beendeten kalten Krieges und der Friedhofsruhe innerhalb mehr oder weniger geschlossener Gesellschaften und starrer Diktaturen. Offen und

furchtlos, energisch und verantwortlich haben wir uns dem zu stellen.

Zehn Jahre, das ist keine lange Zeit. Zehn Jahre sind aber allemal ein guter Anlass, im Licht der Wahrheit Gottes inne zu halten und uns zu orientieren. ■

Anm.:

Eduard Berger ist Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche.

Erinnerungen an die friedliche Revolution 1989

Arnold Vaatz

Anfang Juni 1989 stieg eine kleine Geburtstagsfete in meinem Heimatort in Thüringen. Anwesend war auch eine Frau, die berichten konnte, dass nun, nach 4jähriger Wartezeit, endlich ihr Ausreiseantrag genehmigt worden sei. Sie spendierte eine Runde Bier, man stieß auf das Glück der Familie an. Dann sagte einer: „Eeschentlich kannst du a dorheeme bleim. Dos Jahr knallts suwiesu. Sugohr de Schinesen lossens ch nischt mehr gefolln. Dos gitt noch e boor Wuchen, nocher is Feierhmd middn Usten.“

Zwei Tage später rollten in Peking die Panzer los. Egon Krenz besuchte demonstrativ China. Der Andrang nach Visa für Ungarn nahm zu. Die Urlaubsreisenden packten sorgfältiger als sonst. Habseligkeiten wurden verschenkt: Autoersatzteile, Ferngläser, Fotoapparate, Bohrmaschinen. Viele Abschiede hatten etwas Endgültiges: Es waren Abschiede von Freunden und Verwandten für immer.

Dann kam jener denkwürdige Tag, als Gyula Horn und Walburga von Habsburg symbolisch den Stacheldraht zwischen Ungarn und Österreich zerschnitten. In Freilassing kamen zu tausenden Trabis aus Ungarn an. Die deutschen



Arnold Vaatz, MdB:
Uns fehlten 1989 die Insider-Kenntnisse.

Botschaften in Budapest, Warschau und Prag wurden besetzt. In der ständigen Vertretung in Berlin quartierten sich Ausreisewillige ein. Es wurde Herbst, die Menschen harrten aus.

Dann kam die geniale Lösung: In plombierten Eisenbahnzügen – wie weiland Lenin aus dem Schweizer Exil – sollten die Botschaftsbesetzer aus der Prager Botschaft evakuiert werden. Nach dem Westen. Allerdings: Honecker bestand darauf, dass der Weg über das Territori-

um der DDR gehen müsse. Gleichzeitig wurde die Grenze zur Tschechoslowakei geschlossen.

Am Nachmittag des 3. Oktober füllte sich der Platz vor dem Dresdner Hauptbahnhof mit einer unübersehbaren Menschenmenge – vielleicht zehntausend oder mehr. Sie kamen aus allen Richtungen und wollten die vermeintlich letzte Chance der Ausreise nutzen, die Züge stoppen und aufspringen. Hundertschaften des Überfallkommandos riegelten das Bahnhofsgebäude ab. Wasserwerfer wurden in Stellung gebracht. Über Lautsprecher redete die Polizei auf alle ein, die ins Bahnhofsgebäude eingedrungen waren: „Bitte verlassen Sie den Hauptbahnhof und stellen Sie bei den zuständigen Organen einen Ausreiseantrag!“ Die Auseinandersetzungen eskalierten. Es hagelte Pflastersteine auf die Polizeiketten und die Scheiben der Bahnhofshalle. Die Polizei stürmte mit Knüppeln immer wieder auf die Menge zu und zog sich immer wieder zurück. Ein Polizeiauto brannte. Etwa um zwei Uhr verliefen sich die Menschen. Ich ging durch die leere Bahnhofshalle und sah ein Bild der Verwüstung.

Friedlicher Dialog statt Gewalt

Auf der Straße hatte man Sprechchöre gerufen: „Gorbi, Gorbi“ Und: „Wir wollen raus!“ Und dann immer deutlicher: „Wir bleiben hier, Reformen wollen wir!“ Die friedliche Revolution hatte in Dresden gewaltsam und blutig begonnen. Am Tag darauf war von Verletzten und Verhafteten die Rede. Die

Partei bereitete das Jubelfest zum 40. Jahrestag der DDR vor.

Am Tag nach den Auseinandersetzungen am Hauptbahnhof wurde klar, dass in der vergangenen Nacht ein Ablauf in Gang gekommen war, der entweder entschlossen vorangetrieben werden musste oder in wenigen Tagen zu einem erbarmungslosen Gegenschlag der Staatsmacht führen müsse. Zu viele waren aus der Deckung gegangen. Kaum eine Familie betrafen die Ereignisse nicht. Es gab kein Zurück mehr. Schnell war man sich einig, dass es tödlich wäre, die Straßen zu verlassen: Jeden Tag musste man sich zu **Demonstrationen** versammeln, den anderen keine Atempause gönnen. Waren es vor dem Hauptbahnhof in der Mehrzahl junge Leute gewesen, die am Gitter rüttelten, so kamen jetzt die Väter und Mütter mit auf die Straßen. Besonnenheit setzte sich durch. Nicht Gewalt, sondern friedlicher Dialog sollte aus der Sackgasse führen.

Grundsteine zur friedlichen Revolution

Der Staatsfeiertag verstrich. In Berlin waren die Feierlichkeiten von ein paar hundert Jugendlichen gestört worden. Gorbatschow hatte die historischen Worte gesagt, im Vorbeigehen, aber die Übersetzung wirkte wie ein Fanal: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“. Wie würde nun die Staatsmacht reagieren? Am 8. Oktober war die bislang größte Menschenmenge auf der Prager Straße vor dem Dresdner Hauptbahnhof versammelt. Die Polizei war mit ihrem bisher größten Aufgebot erschienen. Am nächsten Tag wurde in Leipzig nach dem **Montagsgebet in der Nikolaikirche** eine gewaltige Demonstration erwartet. Die Polizei in Dresden schnürte die Demonstranten zunächst in Kessel ein. Das Gemetzel konnte beginnen. In dieser Lage machten sich drei Vertreter der evangelischen Kirche zum Oberbürgermeister von Dresden auf: Der Landesbischof Hempel, der Superintendent der Kreuzkirche, Ziemer, und der Oberlandeskirchenrat Fritz. Sie beschworen den Oberbürgermeister „Hören Sie auf zu hauen!“. Unterdessen ging der katholische Kaplan Richter auf der Straße auf die Polizistenkette zu und suchte nach Wegen, ein Blutver-

gießen zu vermeiden. Man kam überein, eine Abordnung aus zwanzig Demonstranten zu bilden, die als Gegenüber den Vertretern der Staatsmacht die Anliegen der Demonstranten artikulieren sollte. Im Gegenzug sollten die Demonstranten vorerst nach Hause gehen und die Polizei auf gewaltsame Mittel verzichten.

So entstand die legendäre **Gruppe der 20**. Sie konstituierte sich durch Zuruf. Damit war der Grundstein zur friedlichen Revolution in Dresden gelegt. Am nächsten Tag liefen sehr ähnliche Dinge in Leipzig ab. Die Demonstrationen allerdings einzustellen, empfanden die Beteiligten nach wie vor als lebensgefährlich. Man entschloss sich in Dresden, fortan den **Montag als Demonstrationstag** zu wählen, damit die Sicherheitskräfte – entschlossen sie sich doch, eines Tages zuzuschlagen – am gleichen Tag in Leipzig und in Dresden gleichzeitig gebunden wären. In anderen Städten wählte man weitgehend ohne Absprache dieselbe Taktik.

Mit fortschreitender Zeit wurde weithin die größte Gefahr in der Möglichkeit gesehen, den Demonstranten könnte der Atem ausgehen, das Interesse an einer grundlegenden Umgestaltung der Machtgefüge könne durch geringfügige, leicht zurückdrehbare Zugeständnisse des Staates bei den Demonstranten beschwichtigt werden und ein halbes Jahr später könne man dazu übergehen, mit den Mitteln der Diktatur die Rechnungen zu begleichen.

Ganz den Anschein hatte es, als in den ersten Novembertagen in Berlin eine **Großdemonstration** vorbereitet wurde, die viele Züge eines organisierten Aufmarsches hatte. Die Rednerfolge barg die Gefahr, dass sich bekannte Angehörige der alten Machtstrukturen, zum Beispiel Markus Wolf, an die Spitze der Bewegung stellen könnten, um ihr einen wirklich systemändernden Anspruch zu nehmen. Aber dieser Versuch schlug fehl. Die erwartete Sympathie für diesen Redner blieb aus.

Nun gab es dringlicher denn je diese eine Frage: Wie würde die Staatsmacht agieren? Wie würde sie die Situation versuchen unter ihre Kontrolle zu ge-

winnen? Wie zurückschlagen? Es kam der 9. November. Als Schabowski seine Erklärung vortrug und die Menschen die Mauer stürmten, packte mich das Entsetzen: Wenden sich die Demonstranten nun ab von dem Ziel, die Diktatur in Ostdeutschland zu beenden? Werden sie, angelockt von der Flitterwelt Westberlins, betrunken von Sekt und den 100 DM Begrüßungsgeld, um das sich ein ekelerregendes Gedränge erhob, ihr Ziel aus den Augen verlieren? War das die lange befürchtete Gegen-attacke?

Wunsch nach Reisefreiheit und Mitbestimmung

Diese Befürchtungen waren nicht ganz unbegründet, denn viele, die in den letzten Jahren Opposition bezogen hatten gegen die Staatsführung, taten dies, weil sie glaubten, die Führung verwirkliche den Sozialismus falsch. Sie traten **für Menschenrechte** ein, aber nicht unbedingt für die Reisefreiheit. Sie forderten Rechte ein, von den sie meinten, dass sie, einmal eingeführt, mit dem Fortbestand der DDR vereinbar seien. Nicht alle Oppositionelle wollten eine Wiedervereinigung oder einen Staat nach westdeutschem Vorbild. Doch in diesem Herbst 1989 kristallisierte sich mehrheitlich der Wunsch nach Reisefreiheit, nach Mitbestimmungsrecht und Meinungsfreiheit und später auch nach der Wiedervereinigung heraus. Aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ wurde schließlich der Ruf „Wir sind ein Volk“.

Der DDR-Apparat hatte nicht mehr bewusst gehandelt. Das Politbüro trug hilflos in dem Strudel der Ereignisse und Umwälzungen. Die Menschen auf den Straßen hingegen blieben klug und besonnen. 25 Jahre Gefangenschaft hatten sie hinter sich. Sie erkannten ihre Aufgabe und vollbrachten gemeinsam eine der größten gemeinschaftlichen Leistungen in der deutschen Geschichte. Leider sind wir dabei, dies zu vergessen.

Prägend war für mich in der Zeit natürlich die **Arbeit im Neuen Forum** und in der **Gruppe der 20** in Dresden. Es muß um den 15. November 1989 herum gewesen sein, als ich einen Anruf an mei-

nem Arbeitsplatz erhielt. Der Anrufer stellte sich mit „Neues Forum Klingenthal“ vor, den Name habe ich nicht notiert. Er versuchte, mich zu überzeugen, dass am 6. Dezember ein Generalstreik ausgerufen werden müsse. Ich fragte, welches Streikziel man denn verkünden wolle. Er sagte: Gegen die führende Rolle der SED. Im Laufe desselben Tages erhielt ich noch weitere Anrufe. Alle stimmten überein in dem Vorschlag, am 6. Dezember einen Generalstreik auszurufen. Alle gingen auseinander – von Medienfreiheit über Freilassung der politischen Gefangenen bis Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Ich lehnte es ab, mich an solchen Aufrufen zu beteiligen. Die Unterschiede in den Streikzielen schienen mir darauf hinzuweisen, dass dies ein Schachzug der DDR-Führung sein könne, die strategische Initiative wieder in die Hand zu bekommen. Denn: Fiele etwa nach einem solchen Generalstreik die Energieversorgung für einen Tag aus, was sich leicht arrangieren ließe, so könnte die öffentliche Meinung leicht kippen. In den Kühlschränken wären nämlich die eingefrorenen Weihnachtsgänse verdorben und ein paar Unfälle hätte es sicher dabei auch gegeben so dass man dem Neuen Forum einiges hätte aufs Schuldkonto schreiben können. Vor allem für die sich drastisch verschlechternde wirtschaftliche Lage hätte man von nun an regelmäßig auch die vom Neuen Forum angekündigten Streiks verantwortlich machen können.

Zersplitterung der Bürgerbewegung entgegensteuern

Der Punkt, warum ich mich dem Neuen Forum und später der Gruppe der 20 in Dresden anschloss, war der, dass diese Zirkel überhaupt noch keine Strukturen hatten. Die linke Hand wusste oft nicht, was die rechte tat. So konnten entweder keine Auskünfte über die anderen Kontaktadressen des Neuen Forums gegeben werden oder es wurden die absonderlichsten Auskünfte erteilt. Um zu verhindern, dass sich die Lawine gegen die Initiatoren wendete, wurde ich aktiv, wollte helfen, arbeitsfähige Strukturen aufzubauen. Die Fragen, wie man die richtige Strategie findet, welche Ziele anvisiert werden sollen, wie man eine vernünftige **Presse-**

politik machen kann usw. waren noch nicht aufgeworfen und beantwortet worden.

Dabei erwies sich eins als Erschwernis: Bislang war man sich immer einig gewesen, wogegen man war. Man hatte negative Vorstellungen formuliert. Ablehnungen. Man hatte das Weder-Noch-Prinzip zugrunde gelegt. Man wollte weder den Kommunismus noch den Ellenbogen-Kapitalismus. Nun ging es darum, eine gemeinsame Marschroute auszuarbeiten und das Ziel, wohin der Weg gehen sollte, zu definieren. Was wollte man konkret? Hier wurde es schwierig, der Zerfall des Neuen Forums schien damit vorprogrammiert. Die Vorstellungen waren zu heterogen, die gemeinsame Plattform zu schmal. Forderter die einen eine demokratische DDR, so hatten andere mit der DDR nichts mehr im Sinn. Über Wochen und Monate stritten wir allein über die Frage, ob das Neue Forum eine Partei werden sollte oder nicht.

Ein anderes Problem war, dass uns in verschiedenen Bereichen die Fachkompetenzen fehlten. Wir hatten und waren keine Sozial- oder Bauspezialisten. So haben wir annonciert, dass wir Experten suchen. Wir wollten dadurch diese Leute zum einen an uns heranziehen, zum anderen mit ihrer Hilfe in den verschiedenen Politikbereichen die Entscheidungen vorantreiben. Gleichzeitig wollten wir die Leute überparteilich zusammenfassen, also Gruppe der 20 plus Neues Forum plus Demokratischer Aufbruch. Wir mussten einer **Zersplitterung der Bürgerbewegung** entgegensteuern und Konkurrenzkämpfe ausschalten.

Probleme bei den Wahlen

Weiter brauchten wir schnellstmöglich neue Mehrheiten in den einzelnen Körperschaften. Die runden Tische waren ja nicht demokratisch legitimiert. Meinem Vorschlag folgend wurde bei der nächsten Montagsdemonstration dann die Wiederherstellung der alten Gebiets-

Ein ungarischer Pfarrer für die deutschen Flüchtlinge

Budapest. Anlässlich des 10. Jahrestages der Grenzöffnung wurde im ungarischen Parlament am 10. September 1999 ein Festakt gehalten. Aus den historischen Kirchen Ungarns nahmen daran auch leitende Persönlichkeiten, wie **Kardinal Dr. László Paskai**/ Römisch-Katholische Kirche, **Bischof Dr. Gusztáv Bőlcsei**/ Reformierte Kirche in Ungarn, **Bischof Dr. Béla Harmati**/ Ev.-Lutherische Kirche Ungarns, teil. **Lajos Békefy**, reformierter Pfarrer und Chefredakteur wurde auch eingeladen, der damals unter den Flüchtlingen eine seelsorgerliche Arbeit gemacht hat. Aus seinem Tagebuch :

Montag, 28. August 1989: „Pfarrer László Lehel, Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen in Ungarn, hat mich aufgesucht und gebeten, einen Pfarrerdienst unter den DDR-Flüchtlingen anzufangen. Diese Aufforderung habe ich sofort dankbar angenommen. Pfr. Lehel hat mir erklärt, dass ich mich tagsüber unter den Flüchtlingen aufhalten soll, um mit ihnen Bibelstunden, Andachten, Sonntagsgottesdienste zu halten, und wenn es nötig oder gefragt wird, auch die Sakramente auszuteilen. Als Seelsorger sollte ich in allen Nöten und Problemen den Flüchtlingen beistehen. Mir kam gleich das Zeugnis des Apostels in den Sinn: „... allen bin ich alles geworden...“ (1Kor 9, 22). Und ich musste gleich eine Gebetsminute halten: „Herr, ich bitte Dich, gib mir Kraft und mache mich zu diesem Dienst fähig. Es gibt so viel Unruhe in mir, aber auch in anderen und Du schickst mich zu ihnen wie in einen überbewegten Bienenkorb“.

(Für weitere Informationen zu dem Tagebuch wenden Sie sich direkt an Lajos Békefy, Synodalbüro, H-1146 Budapest, Abonyi u. 21. T./F.: 00-36-1-319-43-26).

körperschaften, also der Länder, gefordert. Als Länder hatte ich Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Preußen genannt. Weiter hatte ich Termine für die Kommunal- und Länderwahlen sowie gegebenenfalls für die Volkskammerwahlen vorgeschlagen. Durch diese Vorschläge bekamen wir in Dresden und wohl auch in Sachsen überhaupt das Heft in die Hand. Die **Presse** berichtete, es wurde registriert. Über die Reihenfolge der Wahlen brach dann ein Streit aus, auch über die Länderbildung wurde diskutiert. Es tauchte die Frage auf, ob wir Kommunalwahlen abhalten und alles andere so lassen können. Sollten die Mitglieder der Volkskammer und der Bezirkstage die ganze Zeit dort noch sitzen? Wenige nur waren in diese Thematik eingearbeitet, Was die Volkskammer eigentlich so macht, war in diesen Oppositionskreisen nicht klar, auch nicht, wie der Staat funktioniert. Uns fehlten die Insiderkenntnisse.

Allmählich setzte sich die Auffassung durch – auch in der Öffentlichkeit, Kommunal und Volkskammerwahlen an einem Tag durchzuführen. Da die Stimmung für die SPD schlechter wurde, hat Manfred Böhme aus parteipolitischen Gründen schließlich den Termin für die Volkskammerwahl auf den 18. März vorgezogen. Damals war klar, dass alles auf die deutsche Einheit hinausläuft. Diejenigen, die auf einen **Beitritt nach Artikel 23** Grundgesetz gesetzt hatten, hatten sich bei den Volkskammerwahlen durchgesetzt. Und dadurch bedurfte es nun der Wiederherstellung der Länder. Ich hatte mir die Wiederherstellung der Länder anders vorgestellt, als das die Volkskammer schließlich gemacht hat. Sie hat sich durchgesetzt mit der Konsequenz, dass die Länder eben nicht aus sich heraus, sondern auf der Basis des damaligen Besatzungstatuts zustande kamen.

Für die Bürgerbewegungen stellte sich vor den Wahlen das Problem, das man für ein Antreten bei den Wahlen ein Parteistatut brachte. Die Splittergruppen wie Neues Forum, Demokratie jetzt, Demokratischer Aufbruch, Vereinigte Linke, Böhler Plattform, unabhängiger Frauenverband und Gründe Liga waren Revolutionsgründungen,

teilweise bestehend nur aus sehr wenigen Leuten. Ich war dagegen, eine große Oppositionspartei zu gründen. Dass die Einheit kommen würde, war klar, jeder wollte sie. Doch wenn sie kam, so sagte ich, werden es wohl so sein, dass die großen Parteien aus dem Westen sich auf Ostdeutschland ausdehnen würden. Diese Parteien verfügten über eine Infrastruktur. Wie aber sollte eine Ostpartei in Bayern, Hessen oder Bremen Mitglieder bekommen? Für mich war klar: entweder, wir sagen Einheit, dann müssen wir uns unsere Interessen entsprechend in diese Parteien einbringen, die da rüberkommen. Oder wir können aufhören. Ich trat deshalb kurze Zeit später in die CDU ein, zusammen mit meinen Dresdner Mitstreitern. Die Leute im Neuen Forum konnte ich von diesem Schritt hingegen nicht überzeugen.

Fehler bei der Vereinigung

Natürlich wurden bei der Vereinigung auch Fehler gemacht. Man hat die Mark der DDR 1: 1 beziehungsweise 1:2 in D-Mark eingetauscht. Der **Kurs** allein hätte relativ unschädlich sein können, wäre er nicht einhergegangen mit **hohen Lohnabschlüssen**. Dies war fatal. Bei den damaligen Tarifverhandlungen waren auf der einen Seite die Arbeitgeber West de facto unter sich. Sie wollten offenbar Kaufkraft in Ostdeutschland schaffen, um den dortigen Markt zu besetzen und den Aufwuchs von Ost-Konkurrenz durch ruinöse Tarifabschlüsse verhindern, die sie selbst nicht zu bezahlen hatten. Dazu brauchten sie möglichst hohe Abschlüsse. Die Gewerkschaftsvertreter auf der anderen Seite handelten im Sinne der sie tragenden Mehrheiten, und diese lebten und arbeiteten im Westen. Sie suchten daher offenbar eine Konkurrenz von Billigarbeit im Osten zu verhindern. Dazu brauchten auch sie möglichst hohe Abschlüsse.

Man muß davon ausgehen, dass unter Zugrundelegung eines Wechselkurses von 1:1 das durchschnittliche Lohnniveau-Ost 1989 etwa 30% des Lohnniveaus-West war. Die staatlich gelenkte Außenwirtschaft verrechnete damals eine DM mit 4,4 Mark der DDR. Diesen Koeffizienten nannte man den Rich-

tungskoeffizienten. Teilt man das Lohnniveau durch diesen Richtungskoeffizienten, so ergibt sich die Aussage: Dort, wo für den Westexport produziert wurde, hätte der Lohn etwa 7% des Westniveaus betragen, wenn man ihn nur aus Erträgen berechnet. Die Lohnabschlüsse beliefen sich aber 1991 auf 49%. Damit waren die Löhne von der Produktivität und der Ertragslage abgekoppelt.

Nach außen sagte man zur Begründung, jeder geringere Abschluss hätte eine unbeherrschbare Migration von Ost nach West bewirkt. Dies klang plausibel. Nur war zu dieser Zeit bereits die begrenzende Größe für die Migration längst der übersättigte Arbeitsmarkt-West. In ihrer volkswirtschaftlichen Wirkung waren diese Tarifabschlüsse der freie Fall.

Der gesamte Ostexport brach über Nacht zusammen. Aber auch Tarifabschlüsse bei 30 Prozent oder weniger hätten dieselbe Wirkung gehabt. Der Ostexport wäre bei jedem Abschluss zusammengebrochen, der die Totalentwertung der osteuropäischen Währungen nicht kompensiert hätte. Beides zusammen – hohe Löhne und die Absatzmärkte in bettelarmen Volkswirtschaften sichern – ging aber nicht. Man entschied sich damals unbewusst nicht für mehr Armut aber Arbeit, sondern für mehr Reichtum aber Arbeitslosigkeit.

Leider wird heute meist nur die **hohe Arbeitslosigkeit** gesehen, die Ursachen dafür scheinen nicht mehr im Bewusstsein zu sein. Viele glorifizieren die DDR nun, weil sie damals Arbeit hatten, vergessen ihre fehlenden Freiheiten, die bröckelnden Häuserfassaden, den Gestank, die Warteschlangen usw. Das ist heute unser Problem. Das ist enttäuschend. Diese heutige Verdrängung der Realitäten und Geringschätzung der Errungenschaften hätte sich 1989/1990 ebenso wenig jemand vorstellen können wie ein Jahr zuvor den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung. ■

Anm.:

Arnold Vaatz ist CDU-Bundestagsabgeordneter.

Deutschland, einig Vaterland

Lothar E. Klein

Es sind zehn Jahre vergangen, seit zwischen Österreich und Ungarn der „Eiserne Vorhang“ durchschnitten wurde und die Freiheit sich Bahn brach. Die ganze Welt konnte diese Abstimmung von DDR-Bürgern mit den Füßen gegen den SED-Staat mitverfolgen. Der Ausreise der Flüchtlinge aus den Botschaften der Bundesrepublik in Prag nach dem Westen folgten die Demonstrationen des Herbstes 1989.

Während die einen riefen: „Wir wollen raus!“, konnte die Massenflucht keine Antwort auf die Unfreiheit und andere aufgestaute Probleme im Staatsgebilde sein, das sich DDR nannte. Schließlich waren in den zurückliegenden Jahren schon zu viele gegangen. Und jeder konnte ja nicht gehen. So riefen andere: „Wir bleiben hier!“ Viele hingen ja, wie auch ich, an ihrer Heimat.

Der Aufbruch in die Freiheit

Und besonders viele Christen hielten sich an die Wahrheit des göttlichen Wortes von der Vergänglichkeit der Reiche dieser Welt. So waren es besonders zwei Lieder, die unsere Sehnsucht nach Veränderung zum Ausdruck brachten und die darum oft voller Inbrunst gegen dieses atheistische, menschenverachtende, sozialistische System gesungen wurden:

1. *Seht, man musste sie begraben, die der Welt Gebote gaben und ihr Wort hat nicht Bestand. Ihre Häuser wurden Trümmer, ihre Münzen gelten nimmer, die man in der Erde fand.* 2. *Ihre Namen sind verklungen, ihre Lieder ungesungen, ihre Reiche menschenleer. Ihre Spiegel sind zerbrochen, ihre Sprachen ungesprochen, ihr Gesetz gilt längst nicht mehr.* 3. *Jesu Name wird bestehen und sein Reich nie untergehen, Jesus herrscht für alle Zeit. Jesu Wort muss alles weichen und ihn kann kein Tod erreichen, Jesus herrscht in Ewigkeit!*

Dies hat uns als junge Christen in der DDR trotz Bespitzelung und Benachteiligung in Sachen Zulassung zu Abitur und Studium ermutigt, im Vertrauen auf Gott durchzuhalten und nicht der Versuchung zu erliegen, aus Karrieregründen seine Seele zu verkaufen. Denn wer dies tat, musste sehr bald auch seine Haut zu Markte tragen. Dem setzten wir unsere Gebete und ein weiteres Lied entgegen: *Die Mächtigen kommen und gehen und auch jedes Denkmal mal fällt. Bleiben wird nur, wer auf Gottes Wort steht, dem sichersten Standpunkt der Welt.*



Blick auf ein Teilstück der Mauer

Dass sich unsere Hoffnungen und Gebete so schnell erfüllen sollten, wagten die wenigsten von uns zu glauben. Auch ich ahnte nicht, dass ich ein halbes Jahr später als Abgeordneter der letzten frei gewählten Volkskammer beteiligt sein sollte, der Einheit Deutschlands den Weg zu bereiten. Unbeschreiblich war meine Freude, als ich in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 auf der Freitreppe des Reichstags stand.

Heute hingegen greifen sich viele unserer Nachbarn an den Kopf, wenn sie das innenpolitische Lamento eines der reichsten Völker unseres Planeten vernehmen. Besonders viele Ostdeutsche haben nach wenigen Jahren schon vergessen, was DDR bedeutet hat: Schlangestehen für Radeberger Bier, für Äpfel und Bananen zu Weihnachten und Ostern oder 14 Jahre auf einen Trabbi warten zu müssen. Aber vor al-

lem das Eingesperrtsein hinter dem Eisernen Vorhang, Stasibespitzelung statt Meinungsfreiheit und die Angst, in die Mühlen des totalitären Systems zu geraten, **berufliche Benachteiligung** bei christlichem Engagement oder anderem, nicht systemkonformem Verhalten. Totale ideologische Gleichschaltung aller Lebensbereiche von den Kinderbetreuungseinrichtungen an bis zum Abschieben in die Altersheime der „Volkssolidarität“ u. a. m.

Jetzt kann ich mir vorstellen, wie es Mose mit dem Volk Israel ergangen sein muss. Kaum der Sklaverei entronnen, sehnten sie sich angesichts der ersten Anstrengungen auf dem Weg in die Freiheit nach den Fleischtöpfen Ägyptens zurück.

Während meiner Tätigkeit im Europäischen Parlament lernte ich bei verschiedenen Reisen um den Erdball manche Länder kennen, die liebend gern unsere Probleme hätten. Wieso ist in Deutschland der Jammerton zum Kammerton geworden? Dazu ist es wichtig zurückzublicken, weil Erinnerung zu Erkenntnis führt.

Die Fesseln der Vergangenheit

Eine Schlüsselrolle bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit hatte zweifelsohne die Wirtschafts- und Währungsunion. Einer der damals propagierten Sprüche lautete: „Kommt die D-Mark, bleiben wir. Kommt sie nicht, gehn wir zu ihr!“ Doch dies war nicht mehr die Stimme der Freiheit. Denn so wurde das wunderbare Geschenk der Wiedervereinigung kommerzialisiert und auf das Materielle eingeeengt, wie dies leider auch mit der Friedensidee der europäischen Einigung geschehen ist. Ich nenne es die „Vereinigung des dialektischen und praktischen Materialismus“. Dies trübte die Freude an der Einheit und reduzierte den Elan zur Sanierung der heruntergekommenen Städte und Dörfer, zur Wiederherstellung der geschundenen Landschaften, die heute tatsächlich wieder blühen, zum Wiederaufbau der maroden Infrastruktur und der Wirtschaft auf den Umtauschkurs und die Transferleistungen. Etwas besseres hätte den Ostdeutschen nicht passieren können.

Heute wissen wir, dass das Zentralkomitee der Staatspartei SED 1989 ein „Gutachten über die ökonomische Lage in der DDR mit Schlussfolgerungen“ anfertigen ließ. Diesem war zu entnehmen, dass allein ein Stoppen der Staatsverschuldung eine Absenkung des Lebensstandards der Bevölkerung um ein Drittel und damit eine Armut zur Folge gehabt hätte, die mit rumänischen Verhältnissen unter Ceausescu zu vergleichen gewesen wäre. Dass uns möglicherweise Hunderte von toten Demonstranten und eine erneute Verschärfung des Ost-West-Konfliktes 1989 erspart geblieben sind, sollte für uns bis heute Grund zur Dankbarkeit und zum Glockenläuten am 3. Oktober sein.

Statt dessen zerstörte die engherzige, von Oskar Lafontaine angezettelte Neid Diskussion über die „Kosten der Einheit“ die Begeisterung in unserem Volk, die wir eigentlich als Motor des Zusammenwachsens weiterhin brauchten. Man muss total ideologisch verblendet oder blind sein, um das nicht wahrzunehmen, was in den knapp neun Jahren seit der Wiedervereinigung z. B. in Sachsen geschehen ist. Sicher wurde bald die jahrzehntelang verdeckte Arbeitslosigkeit offenbar, was für viele Betroffene im Osten bis heute das größte Problem ist. Die sozialistischen Betriebe und Kombinate waren nämlich nicht nur Arbeitsplatz, für manche von der Lehrlingszeit bis zur Rente. Sie hatten eine wichtige sozialintegrative Funktion. Angefangen von der Zuweisung stets knappen Wohnraums über die Kinderunterbringung und Ferienbetreuung für Schüler bis zur Vermittlung von Kuren, Urlaubs- und Altersheimplätzen war alles geregelt.

Heute muss sich jeder selbst darum kümmern. Dies löst bei vielen ein Gefühl des Unbehautstseins, der Überforderung durch behördliche Formulare und der Schutzlosigkeit aus. Dieses System war nicht nur entmündigend, es war auch bequem. So lässt es sich erklären, warum trotz sozialer Absicherung für viele im Osten Arbeitslosigkeit eine Katastrophe ist. Dazu kommt: Wer in der DDR nicht arbeiten ging, galt als kriminell und konnte sogar eingesperrt werden.

Nicht die materielle Versorgung, sondern das Gefühl, nicht mehr gebraucht

zu werden, ist für die meisten Arbeitslosen das Hauptproblem. Es ist primär eine Frage des Selbstwertes. Denn eine Konsequenz des Atheismus und Materialismus ist, dass der Mensch nur noch das wert ist, was er als Gegenleistung dafür erbringt, was ihm der Staat von Kindheit an gewährt hat und dem man sich im Alter von 14 Jahren im religiösen Akt der Jugendweihe verschreiben musste. Für die Seele des Menschen hatte dieses System keinen Platz, darum gab es auf seelische Probleme immer nur materielle Antworten.

Obwohl ich die Notwendigkeit für Alleinerziehende sehe, kann ich die aus der DDR bekannten Kindereinrichtungen nicht als sogenannte soziale Errungenschaften preisen, wie dies Gregor Gysi und Regine Hildebrandt tun. Diese dienten nämlich zum einen dem Zweck, die Arbeitskraft der Frauen abzuschöpfen, und zum andern, die Kinder ihren Eltern zu entfremden und sie so von klein auf besser sozialistisch-ideologisch indoktrinieren zu können.

Der rapide **Geburtenrückgang** im Osten hat ja nicht nur etwas mit Gewinnstreben und Selbstverwirklichung zu tun, sondern ist auch in der Überforderung mit der eigenverantwortlichen Kindererziehung zu suchen. Wer bringt Eltern heute wieder bei, was es heißt, Eltern zu sein, wenn ihnen selbst schon das Vorbild eigener Eltern weitestgehend gefehlt hat? Doch ist es im Westen unseres Vaterlandes um die innere Verfassung so viel besser bestellt?

Gesamtdeutsche Ähnlichkeiten

Ich habe den Eindruck, dass die ganz anders verlaufene Entwicklung im Westen zu ähnlichen Resultaten geführt hat. Was im Osten straff durchorganisiert und unter Zwang geschah, haben die Bürger im Westen mit dem Wirtschaftswunder freiwillig getan. Sie haben sich in die Arbeit gestürzt, weil sie sich lohnte. Und sie haben dabei in ähnlicher Weise die Zuwendungen für ihre Kinder auf die materielle Versorgung reduziert. Doch auch das modernste Computerspiel, die teuersten Markensportschuhe und das vollste Kinderzimmer können nicht die elterliche Liebe ersetzen. Ich erinnere hier an

das Experiment, welches Friedrich der Große mit Neugeborenen durchführen ließ, um die Ursprache des Menschen zu erforschen. Sie bekamen alle erdenkliche Versorgung, nur durfte nicht mit ihnen gesprochen werden. Sie sind alle gestorben.

Dies erinnert mich an das Bibelwort, dass *der Mensch nicht vom Brot allein lebt, sondern von einem jeden Wort, das aus dem Mund Gottes kommt*. Wo, wenn nicht hierin liegt die Ursache dafür, dass eines der reichsten Völker dieser Welt so unzufrieden ist?

Weniger Staat – mehr Familie!

Ich sehe den Grund für die sozialen Probleme im Verlust der Bindungs- und Beziehungsfähigkeit. Gerade weil infolge von Scheidungen und Singledasein für Scheidungskinder und uneheliche Kinder die Solidargemeinschaft Familie wegfällt und die Individualisierung in unserem Land voranschreitet, sind inzwischen die Sozialsysteme an die Grenze der Belastungsfähigkeit gekommen. Besonders bei der gesetzlichen Rentenversicherung wird das deutlich. Im Grunde funktioniert der diesbezügliche **Generationenvertrag** nicht viel anders als die afrikanische Großfamilie. Wenn heute vielen angesichts der „neuen Armut“ in Deutschland der Mut zum Kind gänzlich fehlt, dann muss ich dem entgegenhalten, dass, wenn unsere Eltern nach dem Krieg auch so gedacht hätten, dann gäbe es viele von uns nicht. Im Unterschied zur Nachkriegszeit sind doch die meisten unserer heutigen Probleme in Deutschland Wohlstandsprobleme.

Früher war die Familie – zumal die christliche – die Gemeinschaft, in der Sozialisation geschah und praktisch erlernt oder – wissenschaftlich ausgedrückt – durch Erziehung soziale Kompetenz vermittelt wurde. Liebe, Wertschätzung und persönliche Zuwendung, aber auch das Respektieren von Grenzen, von gemeinschaftserhaltenden und -tragenden Spielregeln und die Ausprägung persönlicher Verantwortlichkeit vor Gott und füreinander, die sich u. a. im Verhältnis zur Arbeit zeigte, wurde durch Mütter und Väter anschaulich weitergegeben.

Die **schwindende Rolle der Familie** führt zum Verlust an Beispielen für gelebte Nächstenliebe. So wie nach den beiden Weltkriegen, wenn die Väter nicht oder nach Jahren der Gefangenschaft zurückkehrten, so mussten und müssen Frauen, wenn auch heute aus anderen Gründen, oft „ihren Mann“ bei der Kindererziehung stehen. Eine Mutter, die ihre Kinder zu Hause selbst erzieht, leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilität und Zukunft unserer Gesellschaft, der mehr als nur bei der Rente finanzielle Berücksichtigung finden sollte.

Gerade die Erfahrung, dass sich Kinder von ihren Vätern gewollt und geliebt wissen, baut ihren Selbstwert auf. Lob und Ermutigung sind nicht mit Geld aufzuwiegen. Hier kann auch die in unserem Gemeinwesen verlorengegangene Streitkultur wiedererlernt werden. Sind doch heute bis in die politischen Gremien hinein nur noch wenige in der Lage, die Sach- und Beziehungsebene zu trennen. Doch ist es überhaupt machbar, dem weitverbreiteten Egoismus, der sich verharmlosend Selbstverwirklichung nennt, erfolgreich zu Leibe zu rücken?

Ich will vor allem die Männer in unserem Land ermutigen, wieder Väter zu sein. Und das bedeutet viel mehr als nur Erzeuger und Versorger. Und wer damit hoffnungslos überfordert zu sein scheint, weil er dieses Beispiel von zu Hause nicht kennt und selbst noch Defizite und Wunden aus der eigenen Kindheit mit sich herumschleppt, dem rate ich, sich von dem Gott lieben und heilen zu lassen, der den Mangel unserer Seelen ausfüllen kann und will. Indem er auf jeden von uns wie auf den verlorenen Sohn mit offenen Vaterarmen wartet, gibt er uns das beste Beispiel dafür, wie wertvoll wir ihm sind. ■

Anm.:

Lothar E. Klein ist 1956 in Dresden geboren. Er durfte wegen der Verweigerung der Jugendweihe nicht studieren. Seit 25 Jahren ist er in der Jugend- bzw. Gemeindegemeinschaft der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen engagiert. Er ist Justizangestellter der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten für Stasi-Unterlagen und Vorstandsmitglied des EAK Region Dresden.

Verbesserung der Nachhaltigkeit in der Alterssicherung

Gerechtigkeit zwischen den Generationen

Birgit Schnieber-Jastram

Alle Systeme der Alterssicherung in Deutschland stehen vor großen Herausforderungen. Der Generationenvertrag, auf dem die solidarische Rentenversicherung aufbaut, ist vor allem aus demographischen Gründen in eine Schieflage geraten. Die Geburtenzahlen sinken und die Lebenserwartung der Menschen steigt, in den nächsten Jahrzehnten auf im Durchschnitt über 80 Jahre.

Dies führt dazu, dass sich bis zum Jahr 2030 der Anteil der Menschen im Rentenalter im Vergleich zu denen im erwerbsfähigen Alter fast verdoppeln wird. Die Folge ist langfristig gesehen eine erhebliche finanzielle Mehrbelastung der Alterssicherungssysteme.

Stabilisierung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung

Angesichts dieser Herausforderung gilt es, die Finanzkraft der Rentenversicherungssysteme langfristig stabil zu halten und damit eine nachhaltige Entwicklung in der Alterssicherung sicherzustellen. Gerade die nachwachsenden Generationen sind auf eine langfristige Stabilität der Beitragssätze in der Alterssicherung angewiesen. Nur so ist Generationengerechtigkeit und damit Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung durch die jüngere Generation sicherzustellen. Sozial gerecht ist nur das, was auch zwischen den Generationen gerecht ist.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen heißt, dass ältere Menschen in der Gesellschaft angemessen versorgt werden und eine **Rente** auf einem Sicherungsniveau erhalten, das deutlich **über dem Sozialhilfeniveau** liegt. Anderenfalls würde sich solidarische Vorsorge nicht lohnen. Generationengerechtigkeit heißt aber auch, die Belastungen, die den nachwachsenden Generationen hinterlassen werden, in Grenzen zu hal-



„Entscheidungen im Konsens der großen Parteien treffen“

ten und ihnen so die Chance auf ein auskömmliches Leben zu ermöglichen.

Nur wenn sich die **Generationenbilanz** nicht noch weiter zu Ungunsten der nachwachsenden Generationen entwickelt, kann die auf Solidarität basierende umlagefinanzierte Rentenversicherung langfristig erfolgreich sein. Und das ist von entscheidender Bedeutung, da die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung die wichtigste Sicherung der Bürger gegen die großen Lebensrisiken darstellen. Die Sicherstellung von Nachhaltigkeit in der Alterssicherung und eine gerechte Gestaltung des Generationenvertrages sind Anerkennung der Lebensleistung der älteren und Zukunftssicherung für die junge Generation.

Die frühere Bundesregierung hat ihre rentenpolitischen Maßnahmen ganz wesentlich an dem Ziel einer gerechten Gestaltung des Generationenvertrages ausgerichtet. Mit dem Rentenreformgesetz 1992, dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz und dem Rentenreformgesetz 1999 hat sie einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung

der Finanzkraft der Rentenversicherung und damit zu einer langfristigen Stabilität der Beitragssätze geleistet.

Antworten auf die demographische Entwicklung

Ein Ansatz, um zukünftig eine sozial gerechte Begrenzung des Rentenanstiegs sicherzustellen, ist der „**demographische Faktor**“, wie er im Rentenreformgesetz 1999 vorgesehen war. Der „demographische Faktor“ hat den Vorteil, dass er nicht nur die Beitragszahler, sondern auch die Rentner an den Kosten der längeren Lebenserwartung beteiligt. Mit seiner Hilfe sollen die Folgen aus steigender Lebenserwartung und längerem Rentenbezug gleichmäßig auf Beitragszahler und Rentner, auf Junge und Alte verteilt werden. Deswegen sinken die Renten nicht, sie steigen nur langsamer. Und langsamer steigen müssen sie, sonst wird gerade die jüngere Generation mit zu hohen Beiträgen belastet.

Die Niveausenkung, zu der der „demographische Faktor“ führt, ist der Preis dafür, dass die Rente länger gezahlt wird. Der „demographische Faktor“ ist daher sozial gerecht und stärkt das Vertrauen von Beitragszahlern und Rentnern in die Rentenversicherung. Die Rentner können mit der regelmäßigen Anpassung ihrer Rente rechnen und mit der Rente langfristig kalkulieren. Die Aussetzung des „demographischen Faktors“ durch die Bundesregierung war ein großer Fehler. Damit gehen der Rentenversicherung zwei Jahre des notwendigen Ausgleichs zwischen den Generationen verloren.

Zur Sicherstellung von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ist es dringend notwendig, regelmäßig eine **Generationenbilanz** aufzustellen. Mit Hilfe einer Generationenbilanz können die Belastungen der gegenwärtigen und der künftigen Generationen exakt abgeschätzt und miteinander verglichen werden. Die Generationenbilanz weist das Soll und Haben der einzelnen Generationen aus: Auf der einen Seite die Leistungen, die der Staat für die einzelnen Generationen erbringt (Ausbildung, Renten usw.), auf der anderen Seite die Abgaben, mit denen er die einzelnen Generationen belastet (Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, usw.). An den Ergebnissen kann gemessen werden, ob

die Bundesregierung einen Kurs steuert, der geeignet ist, die Belastungen der zukünftigen Generationen abzubauen und damit mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen sicherzustellen.

Dringend notwendig ist darüber hinaus die Einführung einer **Generationenklausel**. Die Generationenklausel soll – wie die Preiswirkungsklausel – in jedem Gesetzentwurf enthalten sein und deutlich machen, inwieweit die in einem Gesetz enthaltenen Maßnahmen die nachfolgenden Generationen belasten. Der Politik wird so ein Instrument an die Hand gegeben, um eine Politik zu steuern, die zu mehr Generationengerechtigkeit führt. So kann sichergestellt werden, dass der Generationenvertrag hält und langfristig sicher bleibt.

Kein Krieg der Generationen

Die Verschiebung der Altersstrukturen zu Lasten der nachwachsenden Generationen ist kein Grund für einen „Krieg der Generationen“. Immerhin wartet auf die heute Jungen ein einzigartiges Erbe: Noch zu keiner Zeit haben ältere Generationen ein derart hohes Geldvermögen (1998: 5,5 Billionen DM) und Haus- und Grundvermögen (1995: Verkehrswert 6,2 Billionen) angespart wie die Frauen und Männer, die den Wiederaufbau Deutschlands bewältigt haben. Noch zu keiner Zeit hat die ältere Generation der nachfolgenden Generation eine so umfassende und hochwertige wirtschaftliche und soziale Infrastruktur hinterlassen.

Reform der Alterssicherung der Frauen

Ein zukunftsfähiges Rentenreformkonzept muss auch die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Im Wandel begriffen sind insbesondere die Lebensentwürfe und Rollenbilder von Frauen. Die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit, neue Familienstrukturen und eine an Gleichstellung orientierte Frauenrolle signalisieren einen **gesellschaftlichen Wertewandel**, der auch die sozialen Sicherungssysteme erfasst. Eine Reform der Alterssicherung, die langfristig tragfähig sein soll, muss auch diese Entwicklung berücksichtigen.

Gefragt sind dabei vor allem Lösungen, die es erlauben, die Erwerbsbeteiligung

von Frauen zu verbessern und diskontinuierliche Erwerbsverläufe abzusichern, und die so zu einer **eigenständigen Alterssicherung der Frauen** beitragen. Daher muss jetzt die Ausarbeitung einer tragfähigen und ausgewogenen Reform der Hinterbliebenensicherung und eine verbesserte Berücksichtigung von **Kindererziehung** auf der politischen Tagesordnung stehen.

Das von Bundesarbeitsminister Riester in Eckpunkten vorgestellte Modell für eine Reform der Alterssicherung kann diesen Anforderungen allerdings nicht gerecht werden. Es enthält lediglich einen undurchschaubaren Katalog von Optionen, wodurch das Recht erheblich verkompliziert wird und ein erheblicher Beratungsbedarf bei den Versicherten entsteht. Die vom Bundesarbeitsminister vorgeschlagenen Modelle führen in der Regel zu einer Absenkung des Rentenniveaus gegenüber dem geltenden Recht – gerade bei kinderreichen Familien. Eine **stärkere Anerkennung von Familienarbeit**, die einhellig von allen politischen Parteien und vom Bundesverfassungsgericht eingefordert wurde, findet bei dem Modell des Bundesarbeitsministers nicht statt.

Ausbau der kapitalgedeckten Alterssicherung

Zur Stärkung des gesamten Systems der Alterssicherung ist ein deutlicher und rascher Ausbau der kapitalfundierten Altersvorsorge im bestehenden System der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung anzustreben. Durch einen Ausbau der zweiten und dritten Säule würde die gesetzliche Rentenversicherung entlastet und der Wirtschaftsstandort und Finanzplatz Deutschland gestärkt werden. Die kapitalgedeckten Systeme in der zweiten und dritten Säule bieten gute Ansatzpunkte, um die Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivvermögen zu stärken und den Produktionsfaktor Kapital auf marktwirtschaftlicher Grundlage stärker an der Finanzierung sozialer Ausgaben zu beteiligen.

Daher ist es erforderlich, die **Attraktivität der betrieblichen Altersversorgung** durch Änderung der steuerrechtlichen und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen zu **erhöhen**. Insoweit ist der mit dem Rentenreformgesetz 1999 eingeschlagene Weg

weiterzuverfolgen. Die staatliche Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nach dem Vermögensbildungsgesetz ist stärker auf den Bereich der Altersvorsorge auszuweiten und auf Personen mit unterdurchschnittlichem Einkommen zu konzentrieren. Die Bundesregierung hat bisher noch kein vernünftiges Konzept zum Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge vorgelegt. Die von Bundesarbeitsminister Riester vorgeschlagenen Tariffonds sind beschäftigungspolitisch unwirksam, da die freiwerdenden Arbeitsplätze in der Regel nicht wiederbesetzt werden. Sie sind darüber hinaus ein Anschlag auf die Generationengerechtigkeit, da junge Arbeitnehmer in einen Fonds einzahlen müssen, von dem sie selbst nicht profitieren können.

Die vom Bundesarbeitsminister vorgeschlagene obligatorische private Altersvorsorge ist lediglich ein Täuschungsmanöver, um das Rentenniveau noch weiter absenken zu können. Lediglich der Vorschlag, eine Sparzulage zur privaten Altersvorsorge einzuführen, ist nicht rundweg abzulehnen. Nur muss die Bundesregierung sich fragen lassen, warum sie gleichzeitig den Sparerfreibetrag um die Hälfte kürzt und zukünftig Lebensversicherungen stärker besteuert.

Mitarbeit an einer Weiterentwicklung der Alterssicherung durch die Union

Angesichts der Herausforderungen einer sich wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft ist es wichtig, Entscheidungen über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung im **Konsens der großen Parteien** zu treffen. Dies setzt jedoch voraus, dass die Bundesregierung ein in sich schlüssiges Konzept vorlegt. Auf Minimalkompromisse, die die Probleme lediglich in die Zukunft verschieben, wird sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht einlassen. Die von der Bundesregierung beschlossenen Rentenpläne sind nicht geeignet, die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu sichern.

Das System der Rentenversicherung setzt Stetigkeit, **Berechenbarkeit und Planungssicherheit** voraus. Die beschlossene Renten Anpassung lediglich nach der Inflationsrate verunsichert dagegen Rentner und Beitragszahler gleichermaßen, weil eine Steigerung der

Renten zukünftig nicht mehr berechenbar ist. Die Rentensteigerungen werden sich zukünftig nach der aktuellen Haushaltslage entwickeln. Damit wird das Vertrauen in das System der gesetzlichen Rentenversicherung stark beschädigt. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, ihre unsocialen Rentenpläne sofort zurückzunehmen und einen in sich

schlüssigen und tragfähigen Vorschlag für eine Strukturreform in der gesetzlichen Rentenversicherung vorzulegen. ■

Anm.:

Birgit Schnieber-Jastram ist CDU-Bundestagsabgeordnete. Sie ist sozialpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die sanfte Macht der Alten – Politische Partizipation von Senioren

Karsten Matthis

Leben zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland rund 4,4 Millionen Menschen, die 60 Jahre und älter waren, so sind es heute rund 16 Millionen Menschen, das heißt, jeder fünfte in unserer Gesellschaft ist heute 60 Jahre und älter. Diese demographische Entwicklung wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter fortsetzen. Im Jahr 2030 wird sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern mehr als ein Drittel der Bevölkerung 60 Jahre und älter sein. Aufgrund der demographischen Veränderungen wird besonders der Anteil der hochbetagten 75jährigen und älteren Menschen deutlich zunehmen.

Auf diesen tiefgreifenden demographischen Wandel haben sich Staat und Gesellschaft noch nicht eingestellt und die notwendigen politischen Konsequenzen gezogen. Im Gegenteil: Die rot-grüne Bundesregierung hat die Rentenreform, die sozial verträglich war, gestoppt und ist im Begriff, die Gesundheitsreform der alten christlich-liberalen Bundesregierung zu konterkarieren. Beide Reformpläne der Bundesminister Blüm und Seehofer hatten die Intention, die Kostenlasten für die Allgemeinheit zu bremsen und Jüngere, die im Erwerbsleben stehen, finanziell zu entlasten.

Auch in der Gesellschaftspolitik ist die Bundesrepublik Deutschland auf diesen demographischen Umbruch nicht hin-



Karsten Matthis:
Es müssen alle Altersgruppen in den Parlamenten vertreten sein.

reichend vorbereitet. Noch immer fehlt ein **Ordnungsrahmen**, der älteren Menschen hilft, ihren Alltag im dritten Lebensabschnitt zu gestalten. Die Idee eines Seniorenförderungsgesetzes, analog zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), ist nicht von der Hand zu weisen, sondern mehr als bedenkenswert.

Nachberufliche Tätigkeitsfelder eröffnen

Es wäre vernünftig, älteren Menschen nachberufliche Tätigkeitsfelder zu eröffnen und ihnen so zu helfen, neue Lebenschancen zu erschließen. Die alte

Bundesregierung unter den Seniorenministerinnen Lehr, Rönsch und Nolte, hat zwar eine ganze Reihe von Initiativen durch Modellprojekte angestoßen, dennoch fehlt ein roter Faden, wie ältere Menschen in die bundesdeutsche Gesellschaft stärker integriert und im Alter noch stärker als bisher **gesellschaftliche Verantwortung** einbezogen werden.

Die CDU Deutschlands hat bereits vor über zehn Jahren diesen tiefgreifenden demographischen Wandel wahrgenommen und angemessen darauf reagiert. Inhaltlich wie organisatorisch hat die Partei dieser Entwicklung schon lange Rechnung getragen. Nicht nur im CDU-Grundsatzprogramm von 1993 (vgl. Zi. 52) wird die Rolle und die Bedeutung der älteren Menschen hervorgehoben, sondern 1988 wurde bereits die erste politische Seniorenvereinigung Deutschlands gegründet. Auf Bundesebene hatte der Bundesfachausschuß Sozialpolitik der CDU Deutschlands im Juli 1976 ein Programm für ältere Menschen vorgelegt.

Nach über zehnjährigem Bestehen der Senioren-Union verfügt die Vereinigung über annähernd 70.000 Mitglieder. Unter den Vereinigungen in der CDU-Familie ist damit die Senioren-Union an die dritte Stelle nach Frauen-Union und Junge Union gerückt. Die Perspektive besteht, daß die Seniorenvereinigung der CDU zu diesen beiden großen Vereinigungen von ihrer Mitgliederzahl her aufschließen kann. Die Senioren-Union hat fast flächendeckend Fuß gefaßt, nachdem sich die CSU im März 1998 entschlossen hat, eine Seniorenvereinigung in Bayern ins Leben zu rufen. Wurde zunächst in der Partei befürchtet, eine Seniorenvereinigung könne die Parteiarbeit aufsplintern, ist heute die Senioren-Union weitestgehend akzeptiert. Nur noch wenige CDU-Kreisverbände leisten sich den Luxus, auf eine aktive Seniorenvereinigung zu verzichten.

Auch die anderen Parteien haben nachgezogen und Seniorenvereinigungen gegründet. Die SPD schickt ihre Vereinigung *60 plus* ins Rennen, um die Gunst der älteren Wähler zu werben. Die F.D.P. versucht, die *Libérale Senioreninitiative* auszubauen und mit der CDU im Spektrum der älteren Wähler zu konkurrieren. Die Grünen hatten versucht, die *Grauen*

Panther unter Trude Unruh in die Partei einzubinden. Dies scheiterte aber an tiefgreifenden Differenzen zwischen der grünen Bundestagsfraktion und der Gründerin der *Grauen Panther*. Auch die SED-Nachfolgeorganisation, PDS, hat eine Seniorenvereinigung ins Leben gerufen, da der Parteikader der PDS überwiegend mit alten SED-Mitgliedern besetzt ist.

Auch andere gesellschaftliche Gruppen wie der Deutsche Beamtenbund oder die Gewerkschaften haben längst die Senioren entdeckt und haben spezielle Angebote für ihre älteren Mitglieder entwickelt. Durch das Halten der älteren Mitglieder kann der Mitgliederschwund in diesen Großorganisationen zumindest gebremst werden.

Mehr Einfluß auf Politik und Gesellschaft

Aufgrund der demographischen Entwicklung haben die Älteren in vielen Verbänden sowie künftig in den Parteien eine **Schlüsselposition** inne. Gerade sind es die Älteren, die durch ihre reiche Lebens- und Berufserfahrung politische Prozesse in ihren Mitgliedsorganisationen steuern können. Viele Kreisverbände der CDU wählen ihre lokalen und überregionalen Kandidaten in Urwahlen. Es sind vor allem die aktiven Mitglieder der Senioren-Union, die durch ihre Präsenz am Tag der Urwahl das Ergebnis entscheidend für den einen oder für den anderen Kandidaten beeinflussen können. Da in den Volksparteien das durchschnittliche Alter eines Mitglieds jenseits der 50 liegt, ist leicht zu prognostizieren, daß die Senioren in den Parteien weiter an Einfluß gewinnen werden.

Auch ein Blick in Kommunalparlamente beweist, daß bereits heute schon viele Ältere den Stadt- und Bezirksräten sowie Kreistagen angehören. Vielfach ist die Übernahme von kommunalen Mandaten so zeitintensiv, daß sich dies viele Berufstätige nicht leisten können. Welche Firma oder welches Unternehmen akzeptiert, daß ein Mitarbeiter mehr als ein Viertel der Arbeitszeit für eine ehrenamtliche Tätigkeit aufwendet. Senioren sind von diesen Zwängen befreit und können daher leichter ehrenamtliche Funktionen in Kommunen wahrnehmen.

Die Zusammensetzung gerade der lokalen Parlamente wird dazu führen, daß sich die Kommunalpolitik in vielen Punkten verändern wird. Es wird künftig **mehr Wert auf die Bedürfnisse** und Wünsche der älteren Generation gelegt werden als in den 80er oder noch 90er Jahren. Die Zahl der Ratsfraktionen quer durch die Parteien wird ansteigen, die eine dezidierte Politik für Ältere betreiben werden, anders als die Generationen der Ratsfrauen und Ratsherren zuvor.

Die Senioren in Deutschland spielen aber ihre politische Macht nicht aus, obwohl gut 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler bei der nächsten Bundestagswahl über 60 Jahre alt sein werden. Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen werden beispielsweise 32,7% der Wahlberechtigten Senioren sein. Es gibt nur wenige Mandatsträger im Bundestag und in den Landtagen über dem Lebensjahr 60. Dies ist einerseits erklärlich, da viele Politiker aufgrund der jahrzehntelangen Belastung den Wunsch haben, mit dem 65. Lebensjahr aus der politischen Verantwortung auszuscheiden.

Andererseits wird der Wunsch von älteren Menschen in unserer Gesellschaft immer stärker werden, noch ein **politisches Amt** im dritten Lebensabschnitt auszuüben. Hierauf müssen sich alle Parteien

Der EAK-Baden lädt ein:

**Samstag, 13. November 1999,
9.30 Uhr** in Umkirch,
Tagungszentrum Heuboden

„Kampfplatz Ehe“ – Die CDU und ihre Stellung zum Bund fürs Leben

mit Dekan Franz Doleschal, Pfarrer
Udo Bernecker, Prof. Dr. Hans-
Martin Pawlowski, Dorothea Störr-
Ritter MdB und Generalsekretär
Volker Kauder MdB (angefragt)

Einladungen über Frau Braun,
CDU-Landesgeschäftsstelle,
Tel. 07 11-6 69 04-24

einstellen und Älteren die Chance geben, Mandate in Landtagen oder gar im Bundestag sowie einschließlich des Europaparlamentes anzunehmen. Ein Schlüssel hierfür kann aber nicht eine Seniorenquote, vergleichbar mit der Frauenquote, der Volksparteien sein. Viele ältere, lebenserfahrene Menschen würden dies als Diskriminierung empfinden und hielten dies nicht für einen gangbaren Weg, ältere Menschen stärker an der politischen Verantwortung zu beteiligen.

Dennoch müßten aber die Volksparteien die Kraft aufbringen, ältere Menschen noch stärker als bisher in die Verantwor-

tung einzubeziehen, da Parlamente ein Spiegelbild unserer Gesellschaft sein sollten. Nicht nur alle Berufsgruppen in den bundesdeutschen Parlamenten sollten vertreten sein, sondern es müssen alle Altersgruppen in den Volksvertretungen repräsentiert sein. Dies ist ein schwieriger Weg für die Parteien, für die Volksparteien aber ein Muß, wenn sie tatsächlich Volksparteien bleiben wollen. ■

Anm.:

Karsten Matthis war bis Juli 1999 Bundesgeschäftsführer der Senioren-Union und ist Vorsitzender des EAK-Bezirksverbandes Mittelrhein.

AMCHA Stiftung Deutschland – Hilfe für die Überlebenden des Holocaust

Dr. Günter Linnenbrink

Überlebende des Holocaust gründeten 1987 in Israel eine Selbsthilfeorganisation, der sie den Namen „AMCHA“ gaben. AMCHA ist ein hebräisches Wort und bedeutet „Einer aus deinem Volk“ oder „Dein Volk“ und war während der schrecklichen Zeit der Judenverfolgung ein Erkennungswort unter den Verfolgten.

In Israel leben noch über 300.000 Männer und Frauen, die den Schrecken des Holocaust entkommen konnten. Mit großem Mut und tapfer haben sie nach 1945 in Israel ein neues Leben begonnen. Doch die Schatten der Vergangenheit sind nicht von ihrer Seite gewichen. Weder konnten sie sich davon lösen, noch fühlten sie sich in der Lage, über ihre traumatischen Erlebnisse zu sprechen. Selbst in den Familien, die sie gründeten, wurde diese schreckliche Vergangenheit mit Schweigen verdrängt.

Im Alter jedoch meldeten sich diese traumatischen Erfahrungen mit Macht zurück. Insbesondere durch einschneidende Lebensveränderungen wie Verlust des Partners oder der Partnerin, Ausscheiden aus

dem Berufsleben und durch Bedrohungen wie Bombenanschläge oder den Gasalarm im letzten Golfkrieg sind alte Ängste und Leiden wieder aufgebrochen.

Wie hilft „AMCHA“ diesen Menschen?

Das heutige Leben dieser Personengruppe ist daher in vielfacher Weise von den Spätfolgen des Überlebenden-Syndroms beeinträchtigt. Diese Frauen und Männer leiden vor allem unter Depressionen, Alpträumen, Nervosität, psychosomatischen Störungen und chronischen Erkrankungen. Sie brauchen Hilfe und psycho-soziale Begleitung, um über ihre schwer lastende Vergangenheit reden zu können.

Zusammen mit den israelischen Gründern von AMCHA haben Freunde von AMCHA Israel in den Niederlanden, in England, Österreich, in der Schweiz, in den USA und in Deutschland Vereine oder Stiftungen in ihren jeweiligen Ländern gegründet, die für die finanzielle und moralische Unterstützung der Spätfolgenopfer des Holocaust eintreten.

Die AMCHA-Stiftung Deutschland erhielt am 19. April 1995 die staatliche Anerkennung unter ausdrücklicher Be-

stätigung der Gemeinnützigkeit. Das Stiftungskapital beträgt z. Z. über 8 Millionen DM. Aus den Erträgen können pro Jahr über 680.000 DM an die fünf Therapie- und Beratungszentren in Israel überwiesen werden, die sich in Haifa, Ramat Gan, Jerusalem, Tel Aviv und Beer Sheva befinden.

Insgesamt über 2500 Klienten können so monatlich in Israel von ca. 120 qualifizierten Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen und Psychologen und Psychologinnen und mehr als 200 freiwilligen Helfern betreut werden. Diese Betreuung sieht wie folgt aus: individuelle Kurz- und Langzeittherapien, Gruppen- und Familientherapien, Hausbesuche bei Kranken und betagten Klienten, Videoaufzeichnungen von Lebensberichten zur Dokumentation und Therapie, Club (Moadon)-Treffen.

Die Nachfrage übersteigt weit die Hilfsangebote. Die Verantwortlichen von AMCHA Israel bedrängen uns, in Deutschland und in den anderen europäischen Ländern unsere finanziellen Hilfen zu steigern. Wir verstehen das sehr wohl und mühen uns auch entsprechend, denn diese unglückliche Personengruppe der Spätfolgenopfer des Holocaust wurde und wird bei den Wiedergutmachungs- bzw. Entschädigungszahlungen nicht berücksichtigt. Sie haben daher das bittere Empfinden, dass ihre Leiden und Ängste nichts bedeuten.

So sind wir in der AMCHA-Stiftung Deutschland, d. h. im Vorstand, im Kuratorium und im Ehrenrat sehr daran interessiert, diesen Männern und Frauen an ihrem Lebensabend wenigstens ein kleines Zeichen menschlicher Solidarität und Mitempfindens zuteil werden zu lassen und würden uns von Herzen freuen über weitere Spenden und Hilfen zugunsten der Spätfolgenopfer des Holocaust in Israel. ■

Bankverbindung:
AMCHA Stiftung Deutschland
Delbrück & Co. Privatbankiers
BLZ 100 203 83
Konto Nr. 150 15 19

Anm.:

Dr. Günter Linnenbrink ist Vorsitzender der AMCHA Stiftung Deutschland und Vizepräsident des Landeskirchenamtes in Hannover.



Neukirchener Kalender, Rückwandbild von Andreas Felger, Abreißausgabe mit 366 Blättern für jeden Tag. Neukirchener Verlagshaus Neukirchen-Vluyn 1999. ISBN 3-920524-38-1

Zeitgemäße Andachten zur ökumenischen Bibellese auf den Kalenderblatt-Vorderseiten sowie anschauliche Erzählungen und Meditationen auf den Rückseiten: so kennen und schätzen unzählige Menschen in aller Welt den Neukirchener Kalender, der zum Christusbild 2000 bereits im 111. Jahrgang erscheint.

Der Neukirchener Kalender gibt seinen Leserinnen und Lesern nicht nur Kraft und Orientierung für den Alltag, er dient zugleich einem guten Zweck. Der Erlös kommt direkt der Kinder-, Behinderten-, und Altenhilfe zugute.



Eckhart von Vietinghoff/Hans May (Hrsg.): 10 Jahre deutsche Einheit. Beiträge zum innerdeutschen Verhältnis. Lutherisches Verlagshaus, Hannover 1999. ISBN 3 7859-0791-5

Die deutsche Einheit ist auch 10 Jahre nach ihrer rechtlichen und politischen Verwirklichung von erheblichen Spannungen durchzogen. In dem vorliegenden Band werden aus der Perspektive der

ostdeutschen Bundesländer Ursachen dieser Spannungen benannt. namhafte Persönlichkeiten zeigen Wege für eine gemeinsame, konstruktive Gestaltung der deutschen Einheit aus.

Mit Beiträgen von Günter Linnenbrink, Lothar de Mai-zière, Axel Noack, Uta Schlegel, Gerhard Schmidtchen, Richard Schröder und Lothar Späth.



Aus unserer Arbeit

■ EAK Bezirksversammlung Schwaben

Augsburg. Der Evangelische Arbeitskreis der CSU Schwaben hielt seine Bezirksversammlung mit Neuwahlen ab. Dabei wurde der bisherige Vorsitzende **Reinhold Bittner** aus Oettingen in seinem Amt bestätigt und als seine Stellvertreterin der Bezirksrätin **Erika Winkler** aus Kempten gewählt.

Der EAK, so Bittner, bemühe sich, sich in seiner Arbeit auf Bereiche zu konzentrieren, die oft neben der alltäglichen

politischen Diskussion stehen. Auch sei der EAK die Interessenvertretung der evangelischen CSU-Mitglieder und der CSU-Wähler und fungiere als Sprachrohr gegenüber der Politik, um auf protestantische Ansichten aufmerksam zu machen.

In Redebeiträgen wurde gefordert, in der Diskussion um die sogenannte „Sonntagsarbeit“ deutlich Position zu beziehen, um diesen Tag für die Familie und sich selbst zu erhalten. Der Verweis auf Gottes Gebot „Du sollst den Feiertag heiligen“, sollte eigentlich als Begründung genügen, so die Ansicht der Teilnehmer.

■ Selbsthilfe als Ausweg aus der Finanznot der Kirche

Oldenburg. Pastor **Hans Bookmeyer**, MdL, aus Dornum/Ostfriesland, und Oberkirchenrat **Dieter Schrader** von der Ev.-luth. Kirche in Oldenburg waren die Referenten auf einer Veranstaltung des EAK-Oldenburg unter Vorsitz von **Dr. Heinrich Niewerth**.

Dieter Schrader gab eine Bestandsaufnahme über die sinkenden Kirchensteuereinnahmen der Oldenburgischen Kirche, Hans Bookmeyer berichtete über einen entsprechenden Rückgang der Einnahmen in der Landeskirche Hannover.

In der anschließenden Diskussion wurden zusätzlich Wege für die Verbesserung der Kirchensteuereinnahmen aufgezeigt, so der Spendenaufruf für kirchliche Vorhaben, mit denen sich die örtliche Gemeinschaft identifizieren kann.

Es wurde auch für die Beibehaltung des Ortskirchgeldes und für dessen Widmung für örtliche Aufgaben plädiert und dafür, Personen, die aus der Kirche austreten, einen persönlichen Besuch abzustatten sowie Menschen etwa bei Alter und Krankheit womöglich stärker zu begleiten.

■ EAK-Bezirksverband Sauer-/Siegerland neu konstituiert

Attendorn. Anlässlich einer Klausurtagung konstituierte sich der EAK-Bezirksverband neu. Die Tagung stand unter dem Thema „Das C in der CDU – Die Frage nach der christlichen Identität einer Volkspartei“. Der lebhaft Meinungs- und Austausch wurde bereichert durch Referate von **Volkmar Klein**, MdL, Burbach, und **Bernd Schulte**, Lüdenscheid, die beide eine feste Verwurzelung in der evangelischen Kirche haben.

Der Netphener Gemeindepfarrer **Dirk Gogarn** entwickelte in einem Grundsatzreferat eine „Theologische Ethik des Politischen“, die gesellschaftliche Wertfragen praxisbezogen zur Sprache brachte.

Dirk Gogarn wurde bei den anschließenden Vorstandswahlen zum Bezirksvorsitzenden gewählt. Seine beiden Stellvertreter wurden **Karl-H. Kühn**, Altena, und **Rüdiger Heupel**, Siegen. **Margarete Rehm**, Lüdenscheid, gehört dem Vorstand als Beisitzerin an. Der Bezirksverband will sich gesellschaftspolitisch relevanten ebenso wie kirchlich interessanten Themen widmen. Eine ablehnende Haltung gegenüber der Zulassung der Abtreibungsspiele Religionsunterricht 486 steht auf der unmittelbaren Tages-

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · **Redaktion:** Birgit Heide, Katrin Peter, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 544-305/6 · Fax 544-586 · **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM · **Konto:** EAK, Postbank Köln, (BLZ 370 100 50) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) 56267 · **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn · **Nachdruck** – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · **Papier:** 100% chlorfrei

Postvertriebsstück Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt

Adreßänderungen bitte immer an die Redaktion !

Tagung des Bundesarbeitskreises des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

**25.-26. Februar 2000
Diakonische Akademie, Berlin**

Geplanter Programmablauf

Freitag, 25. Februar 2000:

		9-10.45 Uhr	3 Arbeitskreise
14 Uhr	Bundesvorstand	11-12.30 Uhr	Vortrag mit anschließender Diskussion
16-18 Uhr	Bundesarbeitskreissitzung		Minister Jörg Schönbohm Landesvorsitzender der CDU-Brandenburg
19-21 Uhr	Vortrag mit anschließender Diskussion		
	Dr. Robert Leicht Präsident der Evangelischen Akademie zu Berlin	12.30 Uhr	Zusammenfassung der Ergebnisse
		13 Uhr	Schluß der Tagung (Mittagessen, bzw. Abreise)

Samstag, 26. Februar 2000:

8.30 Uhr Morgenandacht
Oberkonsistorialrat **Gerhard Zeitz**,
Berlin

Infos unter: 02 28/5 44-3 02
Die Delegierten erhalten Anfang
Januar eine Einladung.

Unsere Autoren:

Bischof
Eduard Berger
Bahnhofstr. 35/36
17489 Greifswald

Arnold Vaatz, MdB
Bundeshaus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Lothar Klein
Alte Dresdner Str. 76
01108 Dresden

Birgit Schnieber-Jastram, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Karsten Matthis
Falkensteiner Gäßchen 7 a
53639 Königswinter

AMCHA
Dr. Günter Linnenbrink
Schackstr. 4
30175 Hannover